

ALLGEMEINES

DZI Spenden-Almanach 2014. Der bekannte deutsche Spendenratgeber ist jetzt in seiner neuen Ausgabe erhältlich. Neben ausführlichen Einzelportraits der 230 Spenden-Siegel-Organisationen bietet der Almanach viele Spenden-Tipps sowie Fachbeiträge. Der statistische Anhang gibt detaillierte Informationen über die Struktur sowie die Finanzen der Siegel-Organisationen. Der vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) herausgegebene Spenden-Almanach umfasst 372 Seiten. Er ist zum Preis von 12,80 Euro im Buchhandel (ISBN 978-3-9812634-6-6) oder über das DZI erhältlich. Als E-Book kann der Almanach für 9,80 Euro über die Homepage des DZI www.dzi.de bezogen werden. *Quelle: Pressemitteilung des DZI vom 5.12.2014*

90 Jahre Freie Wohlfahrtspflege – Deutscher Sozialpreis 2014. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) beginn am 9.12.2014 im Rahmen einer Festveranstaltung mit 250 Gästen ihr 90. Jubiläum. Zugleich ehrten die Wohlfahrtsverbände engagierte Journalistinnen und Journalisten mit dem Deutschen Sozialpreis 2014. Der Medienpreis zur sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland ist mit 15 000 Euro dotiert und wird in drei Sparten vergeben. In einem mehrstufigen Auswahlverfahren wurden mehr als 420 hochwertige Arbeiten von einer unabhängigen Fachjury bewertet. Informationen über die Preisträger sind auf der Webseite der BAGFW www.bagfw.de erhältlich. *Quelle: Pressemitteilung der BAGFW vom 10.12.2014*

Start der Inklusionslandkarte. Am 17. September dieses Jahres ging die neue Inklusionslandkarte der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen online. Auf der Website www.inklusionslandkarte.de können Nutzerinnen und Nutzer inklusiv orientierte Institutionen, Organisationen und Projekte eintragen, bewerten und kommentieren. Die in der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Inklusion bezieht sich nicht nur auf die bauliche Barrierefreiheit, sondern auf eine gleichberechtigte Partizipation in allen Bereichen der Gesellschaft. Anlässlich der Eröffnung der Internetplattform wurden 999 Luftballons mit Losen entsandt, deren Finderinnen und Finder sich bei der Beauftragten melden können, um mit einem Überraschungsgeschenk belohnt zu werden. *Quelle: Selbsthilfe 3.2014*

Ziviz-Survey 2012 – Zivilgesellschaft verstehen. Hrsg. Bertelsmann Stiftung und andere. Selbstverlag. Berlin 2013, 99 S., kostenlos *DZI-E-0953
Das bürgerschaftliche Engagement steht seit einigen Jahren verstärkt im Blickfeld gesellschaftlicher und politischer Erwartungen. Mit dem Anliegen, die Drittsektor-Organisationen weiter zu erforschen, wurden im Rahmen dieser Studie eingetragene Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbH und Genossenschaften befragt.

Im Ergebnis entstand dieser Bericht mit seinen Beobachtungen zur regionalen Verteilung von Organisationen und ihren Rechtsformen und Handlungsfeldern, zu den Folgen des demographischen Wandels und zur hauptamtlichen Unterstützung des Ehrenamts. Die Untersuchung umfasst zudem die Positionierung der Non-Profit-Organisationen zwischen Zivilgesellschaft und Markt sowie die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch selbsterwirtschaftete und öffentliche Mittel, Mitgliedsbeiträge und Spenden. Geplant ist, den Ziviz-Survey alle vier Jahre zu wiederholen und ihn als Dauerberichterstattung weiterzuentwickeln. Bestellanschrift: SV gemeinnützige Gesellschaft für Wissenschaftsstatistik mbH, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Pariser Platz 6, 10117 Berlin, Tel.: 030/32 29 82-513, Internet: http://www.ziviz.info/fileadmin/download/ziviz_survey2012.pdf

Dokumentation zum Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2014“. Der vom Deutschen Städtetag und mehreren Verbänden ausgelobte Preis „Soziale Stadt“ belohnt nachahmenswerte Aktivitäten zur Stärkung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Bildungsangebote und der Lebensbedingungen in den Quartieren. Die jeweils zehn Preisträger und Anerkennungen des Wettbewerbs 2014 sind auf der Internetseite <http://www.staedtetag.de/fachinformationen/stadtentwicklung/071044/index.html> einsehbar. Ausgezeichnet wurden unter anderem ein Projekt zur Instandsetzung von Problemimmobilien in Dortmund, eine Initiative zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements Jugendlicher in Solingen, eine Stadtteilgenossenschaft in Halle-Neustadt und das Arnold-Fortuin-Haus für Sinti und Roma in Berlin-Neukölln. *Quelle: Städtetag aktuell 9.2014*

SOZIALES

Geringere Lebenszufriedenheit von Grundeinkunftsempfängern. Arbeitslose Hartz-IV-Empfänger fühlen sich weniger in die Gesellschaft integriert als Erwerbstätige. Das geht aus einer Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Sogenannte Aufstocker, also erwerbstätige Hartz-IV-Empfänger, deren Erwerbseinkommen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreicht, befinden sich sowohl bei der Frage nach der gesellschaftlichen Integration als auch bei der Frage nach der generellen Lebenszufriedenheit in der Mitte zwischen den arbeitslosen Hartz-IV-Empfängern und den Erwerbstätigen. Die Studie beruht auf dem Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS)“. Mit den PASS-Daten lässt sich nicht nur die materielle und soziale Situation von Hartz-IV-Empfängern beschreiben, sondern auch, wie Leistungsbeziehende finanzielle und soziale Einschränkungen subjektiv erleben. Im Jahr 2013 wurden hierzu zirka 14 000 Personen in knapp 10 000 Haushalten befragt. Die IAB-Studie ist online unter <http://doku.iab.de/kurz->

ber/2014/kb2414.pdf abrufbar. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 19.11.2014*

Soziale Einrichtungen in katholischer Trägerschaft und Aufsicht.

Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 2014, 87 S., kostenlos *DZI-E-0913* Als Anbieter vielfältiger sozialer Dienste und Einrichtungen im Bereich der Caritas, der Orden und der Kirchengemeinden nimmt die katholische Kirche bedeutende gesellschaftliche Aufgaben wahr. Die an die jeweiligen Rechtssträger wie beispielsweise Vereine und Stiftungen gerichtete Broschüre möchte in ihrer dritten Auflage dazu beitragen, dass diese die aktuellen strukturellen Veränderungen besser bewältigen können. Dargestellt werden die Merkmale einer guten Unternehmensführung sowie die Zusammensetzung und die Aufgaben der Mitgliederversammlung, der Aufsichtsebene und der Geschäftsführung. Des Weiteren enthält die Broschüre Informationen zur Vergütung, zur Fortbildung, zur Zusammenarbeit einzelner Gremien und zur Rolle der Bischöfe und der Kirchenbehörden. Erwartet wird, dass die Inhalte der Arbeitshilfe in Form einer freiwilligen Selbstverpflichtung Berücksichtigung finden. Bestellschrift: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 161, 53113 Bonn, Tel.: 02 28/103-0, Internet: www.dbk.de

Hilfe für Langzeitarbeitslose. Zur Integration langzeitarbeitsloser Menschen plant die Bundesregierung für das kommende Jahr spezielle Förderprogramme. Vorgesehen ist, rund 1 000 Stellen in den Jobcentern, die bisher bei der auslaufenden Initiative 50 + angesiedelt waren, im Sinne der Beratung und Betreuung der von dauerhafter Erwerbslosigkeit Betroffenen umzuwidmen. Im Zeitraum 2015 bis 2019 sollen bis zu 33 000 Personen ohne Berufsabschluss durch Lohnkostenzuschüsse und ein begleitendes Coaching gefördert werden. Für etwa 10 000 besonders schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen oder mit Kindern stehen Lohnkostenzuschüsse von bis zu 100 % in Aussicht. Angekündigt wurde auch ein Ausbau von Leistungen der Gesundheitsberatung und der Prävention. Instrumente aus dem SGB IX, die sich bei der Eingliederung schwerbehinderter Menschen bewährt haben, sollen auch für Langzeitarbeitslose angewendet werden. *Quelle: Das Parlament vom 10.11.2014*

GESUNDHEIT

Neue Stiftung für junge Menschen mit Krebs. Um die gesundheitliche und psychosoziale Versorgung junger Erwachsener mit einer onkologischen Diagnose zu verbessern, wurde vor Kurzem die Deutsche Stiftung für



Bank für Sozialwirtschaft



Vertrauen Sie unserer Expertise.

Zum Beispiel bei Bauvorhaben, Basisanalyse basierend auf dem § 21-KHEntgG-Datensatz, Investitionen in medizinische Großgeräte, Factoring oder Leasing. Wir bieten Ihnen das gesamte Leistungsspektrum einer Universalbank, kombiniert mit jahrzehntelanger Erfahrung im Gesundheits- und Sozialwesen. Für Finanzplanung mit Umsicht.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Telefon 0221 97356-0 | bfs@sozialbank.de
www.sozialbank.de | www.spendenbank.de

Die Bank für Wesentliches

junge Erwachsene mit Krebs gegründet. Die in Berlin ansässige, durch Spenden finanzierte Einrichtung widmet sich auf ehrenamtlicher Basis der Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten, der Heilungschancen und der Zukunftsperspektiven der jungen Patientinnen und Patienten. Weitere Ziele bestehen darin, die Erforschung der spezifischen Probleme dieser Zielgruppe zu intensivieren und die Aus- und Weiterbildung der medizinischen Fachkräfte zu unterstützen. Die Therapieerfolge der bei jungen Menschen im Alter von 15 bis 39 Jahren eher selten auftretenden Krebserkrankungen liegen nach Informationen der Stiftung bei 80 %. Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Stiftung für junge Erwachsene mit Krebs vom 18.11.2014

Reform der Krankenhausfinanzierung. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausfinanzierung konnte sich am 6.12.2014 auf ein umfangreiches Paket zur Verbesserung der Krankenhausversorgung einigen. Es enthält eine Vielzahl von Einzelregelungen, die in ihrer Gesamtheit die Erlöse der Kliniken an das jeweilige individuelle Leistungsgeschehen anpassen sollen. Darunter fallen beispielsweise Regelungen zur Verbesserung der Notfallversorgung, der Sicherstellung der stationären Versorgung in strukturschwachen Gebieten sowie der Ausgleich von Mehrkosten von Kliniken durch Qualitätsanforderungen des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). Darüber hinaus wird sowohl ein neues Personalförderprogramm mit einem Umfang von 660 Mio. Euro als auch ein vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie mehrfach geforderter Strukturfonds mit einem Gesamtbetrag von 1 Mrd. Euro, kofinanziert von Mitteln des Gesundheitsfonds und Mitteln der Länder in gleicher Höhe, eingeführt. Für die Universitätskliniken wurden umfangreiche Verbesserungen vorgenommen. Diese werden durch die Finanzierung von Hochkostenfällen und die Verbesserung der Vergütung bei den Hochschulambulanzen innerhalb des bestehenden Vergütungssystems gestärkt. Die Absenkung des Investitionsabschlags von zehn auf fünf Prozent führt zu einer weiteren finanziellen Verbesserung. Ein Teil der Maßnahmen wurde entsprechend einer Bitte der Ministerpräsidentenkonferenz bereits in das laufende Gesetzgebungsverfahren eines Versorgungsstärkungsgesetzes aufgenommen. Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 9.12.2014

Studie der AOK zur Gesundheitskompetenz. Im Rahmen einer Untersuchung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK wurden im Zeitraum Dezember 2013 bis Januar 2014 insgesamt 2 010 gesetzlich Versicherte ab 18 Jahren telefonisch interviewt. Wie die Ergebnisse zeigen, hat gut ein Viertel von diesen Probleme, Informationen über Krankheitssymptome zu finden. 14,4 % der Befragten halten es für schwierig, die Äußerungen der Ärztinnen oder Ärzte zu verstehen und 11,7 % sehen

sich nicht in der Lage, medizinische Anweisungen zu befolgen. Als Antwort auf diesen Missstand empfiehlt die AOK, gesundheitliche Themen in der Vorschul-erziehung, im Schulunterricht, in der Erwachsenenbildung und in der außerschulischen Jugendarbeit zu verankern. Quelle: BDH Kurier 11/12.2014

JUGEND UND FAMILIE

Übereinkommen zum Kinderschutz. Der Bundestag hat Anfang Dezember dieses Jahres das Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch ratifiziert. Dieses Übereinkommen ist das erste Rechtsinstrument, das die zahlreichen Formen des sexuellen Missbrauchs von Kindern, einschließlich von Missbrauchsfällen in der Familie, zu Straftaten erklärt. Zu den ins Auge gefassten Schritten gehören das Screening, die Rekrutierung von Fachkräften, Überwachungsmaßnahmen und die Einrichtung von telefonischen und virtuellen Anlaufstellen für Kinder. Auch Kinderprostitution, Kinderpornographie und Kindersextourismus werden künftig in die Strafverfolgung mit einbezogen. Zu diesem Zweck ist eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung geplant. Ein länderübergreifender Ausschuss soll die Umsetzung des Übereinkommens überprüfen. Quelle: Das Parlament vom 8.12.2014

Kompetenzprofil der Fachberatung für Kindertageseinrichtungen. Von Petra Beitzel. Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Berlin 2014, 63 S., EUR 9,20 *DZI-E-0960* Als Unterstützungsinstrument für Leistungsträger und -erbringer sowie Leitungen von Kindertageseinrichtungen nimmt die Fachberatung einen wesentlichen Einfluss auf die Qualität der frühpädagogischen Arbeit. Um die Profilbildung dieses Angebots weiter zu entwickeln, erläutert diese Broschüre dessen rechtliche Verankerung und Aufgaben, Rahmenbedingungen sowie Qualifikationen. Auf dieser Grundlage wird ein Kompetenzprofil mit Aussagen zu fachlichen, methodischen, personalen und kommunikativen Anforderungen für das Arbeitsfeld erarbeitet. Im Ergebnis benennt die Broschüre einige Anhaltspunkte für die Etablierung kompetenzstärkender Maßnahmen. Insbesondere bedürfte es der Entwicklung von Evaluationsinstrumenten sowie Fortbildungsmöglichkeiten und der Kooperation der Fachberatungen für Kindertageseinrichtungen und für Kindertagespflege. Bestellanschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Auf ihrer Arbeitstagung im November 2014 in Schwerin befassten sich die Landesjugendämter mit der Lage der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland. Auffal-

lend ist die unterschiedliche Situation in den Ländern. Während im Osten die Zuwanderung noch sehr gering ist, geraten einige westliche Bundesländer bei der Unterbringung der jungen Menschen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Deshalb ringen Bund, Länder und Kommunen derzeit um eine zielgerichtete Steuerung. Wichtig ist aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Landesjugendämter eine bundesweit gleichmäßige qualitative Ausgestaltung der Flüchtlingsbetreuung in den Kommunen, wozu sie mit ihren im Mai 2014 veröffentlichten Empfehlungen einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Die BAG Landesjugendämter macht in ihrer Erklärung deutlich, dass es Aufgabe der Jugendhilfe ist, die konzeptionellen Voraussetzungen für eine optimale Integration zu schaffen und dazu beizutragen, erfolgreiche biographische Entwicklungen für die Zielgruppe zu ermöglichen. Die BAG hat dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erste Ideen zur Entwicklung einer kommunalen Strategie zur Integration junger Einwanderer unterbreitet. Hierbei geht es insbesondere darum, positive Integrationsbeispiele zu entwickeln und zur Nachahmung aufzubereiten. Die Erklärung steht im Internet unter der URL https://www.jugendhilfeportal.de/fileadmin/public/Artikelbilder/BAG-Landesjugendaemter_Erklärung_UMF.pdf zum Download. *Quelle: Pressemitteilung der BAG Landesjugendämter vom 4.12.2014*

Projekte für Straßenkinder. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert in den Jahren 2015 und 2016 vier Modellprojekte für Straßenkinder mit insgesamt 400 000 Euro. Nach Angaben der Regierung leben in Deutschland schätzungsweise zwischen 2 000 und 9 000 Straßenkinder. Da hierzulande keine Statistik über die Zahl der wohnungslosen Menschen geführt werde, existiere auch keine valide Angabe über die Zahl von dauerhaft obdachlosen Kindern und Jugendlichen. Die Straßenkinder stammten überwiegend aus Familien in schwierigen Lebenslagen, die sie häufig wegen Vernachlässigung, Misshandlungen oder Missbrauch verlassen würden. *Quelle: hib vom 26.11.2014*

AUSBILDUNG UND BERUF

Berufsbegleitendes Masterstudium Sozialinformatik. Die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt bietet zum Wintersemester 2015 wieder den berufsbegleitenden Studiengang Sozialinformatik an. Angesprochen sind Absolventinnen und Absolventen eines Hochschulstudiums wie beispielsweise Soziale Arbeit, Betriebswirtschaftslehre oder Informatik, die eine mindestens einjährige qualifizierte Berufstätigkeit nachweisen können. Das Studium besteht aus elf dreitägigen Präsenzblöcken und E-Learning-Elementen. Für die Beantwortung individueller Fragen findet am 20.3.2015 ein Infotag in der Ostenstraße 14 in Eichstätt statt. Bewerbungen werden

23.-24.2.2015 Berlin. Fachtagung: Jugendamt, Jobcenter und Arbeitsagentur: gemeinsames Potenzial für die soziale und berufliche Integration junger Menschen. Information: Akademie des Deutschen Vereins – Veranstaltungsmanagement, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 06, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

26.-28.2.2015 Halle. 18. Symposium Frühförderung 2015. Information: Vereinigung für Interdisziplinäre Frühförderung e.V., Bundesgeschäftsstelle, Seidlstraße 18a, 80335 München, Tel.: 089/54 58 98-27, E-Mail: geschaeftsstelle@fruehfoerderung-viff.de

5.-6.3.2015 Berlin. Nutzerworkshop Deutscher Alterssurvey (DEAS). Information: Constanze Lejeune, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Manfred-von-Richtofen-Straße 2, 12101 Berlin, Tel.: 030/26 07 40-91, E-Mail: constanze.lejeune@dza.de

5.-6.3.2015 Berlin. Kongress Armut und Gesundheit: Gesundheit gemeinsam verantworten. Information: Gesundheit Berlin-Brandenburg, Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 030/44 31 90 73, E-Mail: kongress@gesundheitbb.de, Internet: www.armut-und-gesundheit.de

12.-14.3.2015 Berlin. Deutscher Pflorgetag: Pflege stärken mit starken Partnern. Information: Deutscher Pflegerat e.V., Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 05 11/85 50-24 72, E-Mail: info@deutscher-pflorgetag.de

16.-18.3.2015 Augsburg. 24. Rehabilitationswissenschaftliches Kolloquium der Deutschen Rentenversicherung und der Deutschen Gesellschaft für Rehabilitationswissenschaften: Psychische Störungen – Herausforderungen für Prävention und Rehabilitation. Information: Tagungssekretariat der Deutschen Rentenversicherung Bund, Bereich 0420, 10704 Berlin, Tel.: 030/86 53 93 36, E-Mail: kolloquium@drvbund.de

18.-20.3.2015 Erfurt. Familienrat: Innovatives Verfahren in der Arbeit mit Familien – zwischen Kinderschutz, Jugendhilfe und Konfliktlösung. Information: Akademie des Deutschen Vereins – Veranstaltungsmanagement, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 06, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

19.3.2015 Luzern. Luzerner Fachtagung zum Sozialhilferecht. Information: Hochschule Luzern Soziale Arbeit, Frau Jlanit Schumacher, Werftstrasse 1, Postfach 2945, CH-6002 Luzern, Tel.: 00 41/413 67 48 48, E-Mail: jlanit.schumacher@hslu.ch

20.3.2015 Berlin. Symposium: Care for Chronic Condition: Leben mit chronischer Krankheit gestalten. Internationale Ansätze zur Versorgung chronisch und mehrfach erkrankter Menschen. Information: g-plus – Zentrum im internationalen Gesundheitswesen, Alfred-Herrhausen-Straße 50, 58448 Witten, Tel.: 023 02/92 63 90, E-Mail: g-plus@uni-wh.de

bis zum 31.7.2015 entgegengenommen. Wer sich allgemein für Themenbereiche der Sozialinformatik interessiert, kann an einer Fachtagung am 5.3.2015 teilnehmen. Der Anmeldeschluss hierfür ist der 31.1.2015. *Quelle: Informationsbroschüre der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vom Dezember 2014*

Personalentwicklung im Allgemeinen Sozialen Dienst. Von Hildegard Pamme und Joachim Merchel. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2014, 278 S., EUR 25,- *DZI-E-0967*

Gesichtspunkte wie die Fallzahlentwicklung und die Fluktuation von Fachkräften erfordern eine sorgfältige Personalentwicklung in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD). Diese Handreichung stellt Konzepte vor, die in einem zweijährigen Praxisprojekt mit 15 Jugendämtern erprobt wurden. Anknüpfend an Erläuterungen zur Begründung, zu den Zielen und Bestandteilen entsprechender Maßnahmen geht es um die damit verbundenen Anforderungen an die Leitung, um das zugrunde gelegte Verständnis von „Organisation“ und um Fragen im Hinblick auf das Kompetenzprofil sowie die Arbeitsbelastung. Berücksichtigung finden insbesondere die Auswahl, Einarbeitung und Weiterbildung der Mitarbeitenden. Darüber hinaus wird untersucht, ob für Leitungskräfte im ASD spezifische Faktoren zu beachten sind und wie ein systematisiertes Vorgehen gestaltet werden kann. Das Buch schließt mit einer Zusammenstellung der im Rahmen des Projekts entwickelten Arbeitshilfen. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

Berufsbegleitende Weiterbildung: Social Justice und Diversity Trainer. Mit der zertifizierten Weiterbildung bietet die Fachhochschule Potsdam in Kooperation mit dem „Institut Social Justice und Diversity“ ein bewährtes Training zu den Themen Antidiskriminierung, Inklusion und Partizipation an. Die Teilnehmenden lernen in der Ausbildung, strukturelle Diskriminierungen kritisch zu analysieren, deren Konsequenzen für das Zusammenleben von Menschen zu verstehen und darüber hinaus die eigenen Handlungsspielräume gegen strukturelle Diskriminierungen und deren Wechselwirkungen (Intersektionalität) zu erweitern. Die Teilnehmenden sollen ihre eigenen Erfahrungen einbringen und sich als Trainerinnen und Trainer erproben, um nach der Qualifikation selbst Trainings durchzuführen und zugleich Elemente des Trainingsansatzes in verschiedenen Berufsfeldern anzuwenden. Die Weiterbildung ist im Land Brandenburg und in Berlin nach den Verordnungen zur Bildungsfreiheit anerkannt. Der Teilnahmebeitrag kann durch eine Bildungsprämie oder einen Bildungsscheck gefördert werden. Anmeldeschluss ist der 23.2.2015. Der Flyer ist im Internet unter <http://www.social-justice.eu/>

[texte/Weiterbildung_SocialJustice_Diversity%5B2015-16%5D.pdf](#) abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der FH Potsdam vom 9.12.2014*

Fortbildungsangebote für 2015. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:
Alice Salomon Hochschule Berlin – Zentrum für Weiterbildung, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/992 45-331/353/319, Fax: 030/992 45-399, Internet: www.ash-berlin.eu/weiterbildung
AWO Bundesakademie, Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel.: 030/263 09-138, Fax: 030/263 09-211, E-Mail: akademie@awo.org
Bundesakademie für Kirche und Diakonie, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Tel.: 030/488 37-488, Fax: 030/488 37-300, E-Mail: info@ba-kd.de
Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-100, E-Mail: leute@difu.de
Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: michaela.menth@eahonline.de
Evangelischer Erzieherverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-17, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de
Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V., Winterstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-17 00, Fax: 07 61/200-17 99, E-Mail: akademie@caritas.de
ifw Institut für Fort- und Weiterbildung, Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 07141/97 45-282, Fax: 07141/97 45-482, E-Mail: ifw@eh-ludwigsburg.de
Kommunales Bildungswerk e.V., Büro Steinbeis-Zentrum, Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Tel.: 030/29 33 50-0, Fax: 030/29 33 50-39, E-Mail: info@kbw.de
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Landesverband Bayern e.V., Fortbildungsinstitut, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 091 31/754 61-0, Fax: 091 31/754 61-90, E-Mail: fortbildung@lebenshilfe-bayern.de
Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-272/219, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: fobi@pb-paritaet.de
Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, Fakultät Sozialwissenschaften, Bahnhofstraße 87, 90402 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80-25 51, Fax: 09 11/58 80-83 09, E-Mail: sw-fortbildung@fh-nuernberg.de
Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Marsstraße 46, 80335 München, Tel.: 089/12 61-28 04, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: poststelleblja@zbf.bayern.de